



Russland – Innenpolitische Entwicklungen

von Prof. Dr. Eberhard Schneider

Zusammenfassung

Präsident Dmitrij Medwedew mischte sich erneut in die Bereiche Wirtschaft/Finanzen ein, die eigentlich Themen des Premiers sind. Am 25. Mai 2009 stellte er dem Kabinett und den Vorsitzenden der beiden Parlamentskammern die Budgetpolitik für die Jahre 2010 bis 2012 vor. Er räumte ein, dass die Wirtschaftskrise viel tiefgehender sei, als in den ersten Prognosen angenommen. Das Haushaltsdefizit bezifferte er auf 7 % des BIP, was noch eine optimistische Einschätzung sei. Der Haushaltspolitik stellte er zehn Aufgaben, darunter die Verantwortlichkeit für eine effektive Ausgabenpolitik auf allen Ebenen des öffentlichen Dienstes einzuführen.

Am 21. Mai bildete Medwedew die „Kommission zur Modernisierung und technologischen Entwicklung der Wirtschaft in Russland“, die er leitet und der Premier Wladimir Putin nicht angehört. Sie soll die Exekutivorgane sowohl auf der föderalen als auch auf der regionalen und kommunalen Ebene sowie die Unternehmer- und Expertengemeinschaft bezüglich der Modernisierung und technologischen Entwicklung der russischen Wirtschaft koordinieren. Zudem bestimmt die neue Kommission die Entwicklungsprioritäten der technologischen Entwicklung und legt deren Regulierungsformen fest.

Der Leiter von Medwedews Think Tank, des „Instituts für moderne Entwicklung“, Igor Jurgens, der zugleich Vizepräsident der „Russischen Union der Industriellen und Unternehmer“ ist, kritisierte gegenüber dem „Daily Telegraph“ Putin, weil er die Macht in die Hände einer kleinen Machtelite gelegt habe, die ein energieabhängiges Modell geschaffen habe, das zu knarren anfing, als die Finanzkrise Russland zu schwächen begann. Es mehren sich die Anzeichen eines Risses zwischen Medwedew und Putin. Der Präsident habe einige vorsichtige Schritte unternommen, die aber noch nicht ausreichen, um von Tauwetter sprechen zu können. Gegenwärtig finde ein Kampf statt, und es sei nicht klar, was eigentlich vorsichgehe. Die Falken würden zurückschlagen, aber im Kreml gebe es genuine Liberale, die erkannt haben, dass Russland Reformen brauche.

Medwedew brachte einen Gesetzentwurf ein, der die Verdopplung der dreijährigen Amtszeit der Verfassungsrichter auf sechs Jahre vorsieht. Damit wären die Verfassungsrichter ihren Amtskollegen im Obersten Gericht und im Obersten Arbitragegericht gleichgestellt. Außerdem sollen der Vorsitzende des Verfassungsgerichts und seine Stellvertreter nicht mehr von

den 19 Verfassungsrichtern gewählt, sondern vom Föderationsrat, der alle Verfassungsrichter ernennt, auf Vorschlag des Präsidenten bestimmt werden.

Am 23. Mai gründete sich aus den „Union der kommunistischen Jugend“ die gesellschaftliche Bewegung „Kommunisten Russlands“, die der „Kommunistischen Partei der Russischen Föderation“ (KPRF) Revisionismus vorwirft. Hinter dieser Gründung steht höchstwahrscheinlich die Präsidialadministration oder die kleine Machtpartei „Gerechtes Russland“, die letztlich auch von der Präsidialadministration initiiert wurde. Die „Kommunisten Russlands“ sollen das linke Protestpotential der KPRF, das zu Aktionen bereit wäre, wenn sich die Krise verschärft, desorientieren.

Medwedews erneute Einmischung in die Wirtschaft

Am 25. Mai stellte Präsident Dmitrij Medwedew auf einer Sitzung der Regierung mit den Vorsitzenden der beiden Parlamentskammern die Budgetpolitik für die Jahre 2010 bis 2012 vor, die er am selben Tag unterschrieben hat. Der Präsident hat laut Verfassungsartikel 83, lit. a, das Recht, bei Kabinettsitzungen den Vorsitz zu führen. Medwedews Amtsvorgänger hat von diesem Recht sehr selten Gebrauch gemacht, Medwedew bisher – soweit bekannt – nie. Um Premier Wladimir Putin nicht zu sehr ins zweite Glied zu setzen, nahmen an der Sitzung auch die Staatsduma- und die Föderationsratsvorsitzenden teil, so dass es formal keine Kabinettsitzung mehr war, zumal die beiden Parlamentskammern den Haushalt verabschieden müssen. Trotzdem ist das Verhalten Medwedews ungewöhnlich, denn bisher hat der Präsident den Haushaltsplan nicht vorgestellt, sondern der Finanzminister. Den beiden Parlamentskammern wurde er dann in gedruckter Form zugeleitet. Hinzu kommt jetzt noch, dass Wirtschaft und Finanzen eigentlich nicht das Thema des Präsidenten, sondern des Regierungschefs sind.

In seinem einleitenden Wort räumte Medwedew ein, dass die Wirtschaftskrise viel tiefergehend sei, als in den ersten Prognosen angenommen worden war. Ursprünglich hatte das Wirtschaftsministerium einen Rückgang des BIP um 2,2 % prognostiziert, tatsächlich werden es in diesem Jahr 8 % werden. Im ersten Quartal waren es schon 9,5 %. Nach Mitteilung des russischen Statistischen Amtes erreichte die Arbeitslosigkeit Mitte Mai 10,2 % (7.7 Mio. Arbeitslose) gegenüber 8,5 % im Februar. Die Nahrungsmittelpreise stiegen im ersten Quartal um 5,8 %.

Medwedew bezifferte das diesjährige Haushaltsdefizit auf 7 % des BIP und fügte hinzu, dass das noch eine optimistische Einschätzung sei. Die Finanzreserven – so weiter Medwedew – würden zur Bezahlung der sozialen Programme und der Antikrisenmaßnahmen verwendet. Der russische staatliche Reservefonds verfügte Anfang Mai über 115 Mio. \$, am 1. April waren es noch 132 Mio. \$. Wenn die Verwendung des Reservefonds im bisherigen Ausmaß fortgesetzt wird, wird er laut Finanzminister und Stellvertretendem Premier Alexej Kudrin im nächsten Jahr leer sein. Ferner erklärte Kudrin, dass Russland erst in 50 Jahren die Krise überwunden haben werde. Daraufhin empfahl Medwedew bei einem Treffen mit Unternehmern des kleinen und mittleren Business am 26. Mai in seiner Residenz Barwicha Kudrin, seine Zunge zu zügeln und sich eine „Arbeit an einem anderen Ort zu suchen“.

Der Haushaltspolitik stellte Medwedew folgende zehn Aufgaben.

- gezielte Erfüllung der sozialen Verpflichtungen,
- schrittweise Senkung des Haushaltsdefizits,
- strenge Haushaltsdisziplin,

- optimale Unterstützung bestimmter Wirtschaftssektoren und des Finanzsystems,
- deutliche Verbesserung der Qualität der öffentlichen Dienste, die den Bürgern dienen,
- prinzipielle Verbesserung des Mechanismus' der Staatseinkäufe,
- Steuergesetze zur Stimulierung der Wirtschaftsentwicklung,
- Einführung der Verantwortlichkeit für eine effektive Ausgabenpolitik auf allen Ebenen des öffentlichen Dienstes,
- Schaffung eines sicheren und ausbalancierten Rentensystems,
- Einrichtung von barrierefreien Zugängen für die Invaliden.

Am 21. Mai bildete Medwedew die „Kommission zur Modernisierung und technologischen Entwicklung der Wirtschaft Russlands“ beim Präsidenten, die er selbst leitet. Ende Oktober 2008 hatte er schon den „Rat beim Präsidenten der Russischen Föderation zur Entwicklung des Finanzmarktes der Russischen Föderation“ gebildet, den er ebenfalls leitet und dem Putin auch nicht angehört. Die neue Kommission dubliert die „Regierungskommission für Spitzentechnologien und Innovationen“, die der Stellvertretende Premier Viktor Iwanow leitet, der für die Rüstungsindustrie zuständig ist und der auch der neuen Präsidentenkommission angehört.

Stellvertretende Vorsitzende der neuen Kommission sind der Stellvertretende Premier und Leiter des Regierungsapparats, Sergej Sobjanin, und der Erste Stellvertretende Leiter der Präsidialadministration, Wladislaw Surkow. Sekretär der Kommission, der die eigentliche Arbeit zu machen hat, ist der brillante Wirtschaftsberater Medwedews, Arkadij Dworkowitsch. Auf dem VI. Wirtschaftsforum in Krasnojarsk Ende Februar 2009 hatte Dworkowitsch indirekt die Regierung kritisiert, deren Mitglieder am Forum teilnahmen: Sie sei unzureichend auf die Überwindung der Finanzkrise vorbereitet.

Medwedew möchte mit seiner neuen Kommission die Verengung der Modernisierung und technischen Innovationen auf die Rüstungsindustrie aufbrechen und sucht einen weiter gespannten Ansatz. Zu den wichtigsten Aufgaben der Kommission gehören u.a.

- die Koordinierung der Tätigkeit der Exekutivorgane auf der föderalen, der regionalen und der kommunalen Ebene, der Unternehmer- und der Expertengemeinschaft auf dem Gebiet der Modernisierung und technologischen Entwicklung der russischen Wirtschaft sowie
- die Bestimmung der Entwicklungsprioritäten, Formen und Methoden der staatlichen Regulierungen zur Modernisierung und technologischen Entwicklung der russischen Wirtschaft.

Die Koordinierungstätigkeit der neuen Kommission bezieht sich nicht nur auf die föderale, sondern auch auf die regionale und kommunale Ebene und bezieht sogar die Wirtschaftsverbände und die Expertengemeinschaft mit ein.

Die Unzufriedenheit Medwedews mit dem gegenwärtigen Zustand des russischen politischen Systems drückte am 19. Mai Igor Jurgens gegenüber dem „Daily Telegraph“ aus. Jurgens ist Direktor von Medwedews Think Tank, des „Instituts für moderne Entwicklung“, dessen Kuratorium der Präsident vorsitzt. Jurgens, der zugleich einen Lehrstuhl an der Staatlichen Universität-Hochschule für Ökonomie innehat, ist zudem Stellvertretender Vorsitzender des Expertenrats beim Präsidenten, Vizepräsident der „Russischen Union der Industriellen und Unternehmer“ und Vizepräsident der Investmentbank „Renaissance-Kapital“.

Das gegenwärtige politische Systems Russlands zeige laut Jurgens „Anzeichen der Überzentralisierung und der Fragilität, weil es nicht auf Institutionen basiert, sondern auf ei-

ner mythologischen Machtvertikale“. Putin habe die Macht in die Hände einer kleinen Machtelite gelegt, die ein energieabhängiges Modell geschaffen habe, das zu knarren („to creak“) angefangen habe, als die Finanzkrise Russland zu schwächen begann. In Russland gebe es Fälle von selektiver Rechtsprechung und disproportionaler Brutalität, was für den Staat kontraproduktiv sei.

Es mehren sich laut Jurgens die Anzeichen eines Risses („rift“) zwischen Putin und Medwedew. „Einige vorsichtige Schritte sind vom Präsidenten unternommen worden“, fuhr Jurgens fort. „Das sind Anzeichen eines Tauwetters, aber er (der Präsident E.S.) ist äußerst vorsichtig, und es reicht noch nicht, um dies als eine Tendenz zu bezeichnen, die mehr ist als Symbolik.“ Gegenwärtig finde ein Kampf statt, und es sei nicht klar, was eigentlich vorsichgehe. Die Falken würden zurückschlagen, aber im Kreml gebe es genuine Liberale, die erkannt haben, dass Russland Reformen brauche.

Bereits am 19. Juni 2008 hatte Jurgens gegenüber der Nachrichtenagentur Reuters erklärt, dass der Präsident einen „stillen Krieg“ mit den Hardlinern führe, die das Programm der liberalen Reformen des Präsidenten bekämpfen. Dieser „stille Krieg“ werde noch einige Zeit dauern. Wenn es Medwedew nicht gelinge, in diesem Kampf eine Koalition zu bilden, werde er ihn verlieren. Wenn er eine solche Koalition schaffen könne, werde er den Kampf gewinnen

Prognose: Medwedew wird weiterhin vorsichtig das russische politische System zu reformieren versuchen. Die Finanz- und Wirtschaftskrise kann ihm dazu als Katalysator dienen. Wenn diese Krise lange dauert und tiefgreifend ist, wird sie von massiven Protesten der Bevölkerung begleitet werden. Der Staat dürfte dann zu repressiven Abwehrmaßnahmen greifen, welche die Silowiki stärken werden, die nicht zu Reformen bereit sind.

Ausbalancierung der juristischen „Machtvertikale“

Die Staatsduma forciert die Behandlung des von Präsident Dmitrij Medwedew eingebrachten Gesetzentwurfs über die Veränderung der Vollmachten der Führung des Verfassungsgerichts. Der Gesetzentwurf sieht vor, dass der Vorsitzende des Verfassungsgerichts und seine Stellvertreter vom Föderationsrat ernannt werden auf Vorschlag des Präsidenten. Die bisherige Regelung besteht darin, dass die 19 Verfassungsrichter, die vom Föderationsrat ernannt werden, selbst ihren Vorsitzenden und dessen Stellvertreter wählen. Nun will Medwedew darauf Einfluss nehmen, wer Vorsitzender des Verfassungsgerichts wird. Außerdem soll die Amtszeit der Verfassungsrichter von drei auf sechs Jahre verdoppelt werden.

Dieses Gesetzesprojekt wurde als undemokratisch kritisiert. Es sei der Versuch, das letzte demokratische Relikt im Bereich der Rechtsprechung aufzugeben. Welche Motive haben Medwedew zu diesem Gesetzesprojekt veranlasst? Ein Grund kann der Versuch sein, die obersten Gerichte anzugleichen. Die Richter der beiden anderen Spitzengerichte, des Obersten Gerichts und des Obersten Arbitragegerichts, haben eine Amtszeit von sechs Jahren. Wenn der Verfassungsrichter weiß, dass er sechs Jahre amtiert, ist er in seinen Entscheidungen unabhängiger als wenn er nur drei Jahre in dieser Funktion ist.

Außerdem gab es die Überlegung, dass mittels der neuen Regelung Medwedew vielleicht den gegenwärtig amtierenden Vorsitzenden des Verfassungsgerichts, Walerij Sorkin, auswechseln will. Sorkin hatte in seiner Senatsvorlesung am 7. April in St. Petersburg vor der Gefahr gewarnt, dass infolge der Krise Russland in Anarchie verfallen und dann der Totalitarismus zurückkehren könnte. Angesichts dieser Gefahr habe der Kreml das Recht, autoritäre Metho-

den anzuwenden, um das Land vor einem Desaster zu bewahren. Anfang dieses Jahres beendete Sorkin seine dreijährige Amtszeit und ist erneut für drei Jahre zum Verfassungsrichter gewählt worden.

Auf dem kürzlichen „Dialog der obersten Richter Russlands und Deutschlands“ in St. Petersburg zeigte sich Sorkin angesichts des Gesetzentwurfs beunruhigt darüber, dass die Verfassung zu einer Fiktion werden könne und dass die Staatsmacht die Meinung des Verfassungsgerichts nicht interessiere. Sorkin wollte damit nicht den Präsidenten kritisieren, sondern die Tätigkeit der Staatsduma.

Prognose: *Die Anpassung der obersten Gerichte wird fortgesetzt werden. Der Vorsitzende des Verfassungsgerichts Sorkin wird bis zum Ende seiner neuen Amtszeit 2012 amtieren.*

Abspaltung von der KPRF

Am 23. Mai fand in Moskau die Gründungsversammlung der gesellschaftlichen Bewegung „Kommunisten Russlands“ statt. Sie entstand aus der „Union der kommunistischen Jugend der Russischen Föderation“ (KPRF). Deren bisheriger Vorsitzender Konstantin Shukow wurde zum Vorsitzenden der „Kommunisten Russlands“ gewählt. Regional sind die „Kommunisten Russlands“ besonders in St. Petersburg, im Gebiet Leningrad, im Gebiet Archangelsk und in der Region Amur vertreten. Sie sind der Auffassung, dass der Hauptgrund der gegenwärtigen Krise im Revisionismus der „Kommunistischen Partei der Russischen Föderation“ zu suchen sei, welche die grundlegenden Aussagen des Marxismus-Leninismus umgedeutet habe.

Hinter der angeblich privaten Initiative zur Gründung der „Kommunisten Russlands“ stehen nach Meinung des „Zentrums für die politische Konjunktur Russlands“ gut organisierte finanzielle und administrative Ressourcen. Es werden zwei genannt: die Präsidialadministration und die kleine Machtpartei „Gerechtes Russland“. Beide Versionen widersprechen sich nicht, denn „Gerechtes Russland“ wird auch von der Präsidialadministration unterstützt. Die neue Bewegung soll diejenigen Personen politisch „erfassen“, die mit der KPRF unzufrieden sind. Es soll verhindert werden, dass sie sich der Ant-System-Opposition zuwenden.

Mit dieser Neugründung kann das Elektorat der KPRF geschwächt werden. Es ist noch offen, ob diese neue Bewegung eine Partei werden will. Diese Frage soll erst später entschieden werden. Es ist im Moment nicht wichtig, ob die „Kommunisten Russlands“ an Wahlen teilnehmen und der KPRF Stimmen wegnehmen werden. Es reicht völlig, wenn diese neue Bewegung das linke Protestpotential der KPRF, das zu Aktionen bereit ist, die bei einer Verschärfung der Krise zunehmen dürften, desorientiert.

Prognose: *In nächster Zeit werden die „Kommunisten Russlands“ an großen Massenaktionen teilnehmen, die unter Beteiligung der KPRF stattfinden, um diese zu reizen. Die Frage, ob aus den „Kommunisten Russlands“ eine Partei werden soll, wird erst vor der nächsten Staatsdumawahl 2011 entschieden werden.*

Umfrage zur Situationseinschätzung

Das Moskauer Meinungsforschungsinstitut „Allrussisches Zentrum zur Erforschung der öffentlichen Meinung“ (WZIOM) befragte am 18./19. April 1.600 Personen in 140 Ortschaften in 42 Föderationssubjekten. (Die statistische Fehlerquote beträgt 3,4 %.)

Welche staatlichen Organe beurteilen die Situation in Russland ehrlicher, die örtlichen oder die föderalen? (in %)

Die örtlichen	12
Die föderalen	34
Keine von beiden	40
Schwer zu antworten	14

Interpretation: Zwei Fünftel (40 %) sind der Meinung, dass weder die örtlichen noch die föderalen staatlichen Organe die Situation in Russland ehrlich beurteilen. Das bedeutet, dass diese Menschen meinen, dass die staatlichen Organe entweder nicht in der Lage sind, die Situation ehrlich einzuschätzen, oder dies nicht wollen und damit sich selbst und die Menschen betrügen.

Von denjenigen, die den staatlichen Organen doch eine ehrliche Situationseinschätzung zutrauen (46 %), finden diese eher auf der föderalen (34 %) als auf der kommunalen Ebene (12 %). Das dürfte Ausdruck der Tatsache sein, dass es sich bei der Situationsbeurteilung hauptsächlich um makroökonomische Probleme handelt.

Bemerkungen:

Der Beitrag gibt die persönliche Auffassung des Autors wieder.



Prof. Dr. Eberhard Schneider (Universität Siegen) ist Chefredakteur von „Russland intern aktuell“ und Advisory Board Member of the EU-Russia Centre in Brüssel.